

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.90 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

England und der Genfer Beschluss.

Eine Überprüfung des Völkerbundsgutachtens?

London, 13. Oktober. (D.V.) Obwohl die englische Regierung dem Vorkämpfer Sthamer noch vorgestern erklären ließ, daß sie sich verpflichtet habe, die Entscheidung des Völkerbundesrats über Oberschlesien anzunehmen, und obwohl die Meldungen verschiedener Blätter über einen Einspruch Englands gegen die Genfer Entscheidung ausdrücklich dementiert worden sind, hat es doch den Anschein, daß man in den Londoner Regierungskreisen von der Entscheidung des Völkerbundesrats alles andere als entzückt ist. In politischen Kreisen erhält sich mit Hartnäckigkeit die Behauptung, daß die englische Regierung eine Überprüfung der Genfer Beschlüsse anzugehen beabsichtigt. Diese Überprüfung solle in einer neuen Konferenz des Obersten Rates vor sich gehen, die in 8-10 Tagen in London vermutlich stattfinden werde. Es ist also immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Entscheidung des Völkerbundesrats noch nicht das letzte Wort in der obereschlesischen Frage bedeutet. Auch der Daily Telegraph hält es für wahrscheinlich, daß baldigst eine Konferenz des Obersten Rates einberufen wird, um den Teilungsvorschlag des Völkerbundes zu besprechen und den verschiedenen Stellen, die mit der Durchführung der Anordnungen des Obersten Rates betraut werden sollen, die notwendigen Anweisungen zu erteilen.

Auch die Pariser Presse äußert derartige Besten, so daß möglicherweise die Älten über Oberschlesien in Genf noch immer nicht geschlossen wurden. Wie Welt Parisien mittels ist das Verfahren, wie die Entscheidung der Entente-Regierungen zu fassen und dann Deutschland und Polen mitzuteilen sei, gestern Abend noch nicht bekannt gewesen. Das Blatt bestätigt, daß über eine Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London besteht. Die französische Regierung hätte schon am 6. Oktober bekanntgegeben, daß nach ihrer Ansicht ein Zusammenstreiten des Obersten Rates unnötig sei und daß es das Einfachste wäre, die Vorkämpferkonferenz damit zu beauftragen, der Lösung von Genf die nötige Kraft zu geben. In London erklärte man, ehe man sich über das Verfahren ausprobiere, müsse man Kenntnis von der Lösung haben und sich vergewissern, ob sie nicht gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles verstoße. Das Blatt fügt hinzu, englischerseits müsse man sich Rechenschaft darüber geben, daß eine übertriebene Hartnäckigkeit auf neue unangenehme Gerüchten Nahrung geben werde, die in den letzten Tagen gegen die englische Regierung in Umlauf gesetzt worden seien.

Der Daily Herald über den Genfer Beschluss.

Daily Herald weist darauf hin, daß sowohl Ration als auch Königshütte die Polen zugewiesen werden sollen, bei der Abstimmung eine Mehrheit zugunsten Deutschlands ergaben. Das Blatt bezeichnet die Entscheidung des Völkerbundesrats als eine verhängnisvolle. Für Oberschlesien selbst sei die Lösung des Völkerbundes die schlimmste, die gefunden werden konnte und die nur zu neuen Bemerkungen, Streitigkeiten und sehr wahrscheinlich zu einem neuen Krieg führen werde. Die Wirkung auf Deutschland werde katastrophal sein. Die Teilung Oberschlesiens werde mit einem Schlag alle die hoffnungsvollen Aussichten auf ein freundschaftliches Zusammenwirken zwischen Deutschland und den Alliierten zerstören.

Zusammentritt des Obersten Rates.

Paris, 13. Oktober. Wie der Matin aus London meldet, wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche der Oberste Rat in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundesrats in Sachen Oberschlesien zu diskutieren.

Das Echo in Italien.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem Berliner Tageblatt äußern italienische Blätter ihre peinlichste Enttäuschung über den Beschluss des Völkerbundes. Popolo Romano beispielsweise sagt, der Völkerbund stehe noch völlig im Banne der Blindheit seiner Verfallener Begründer. Niemand werde so naiv sein, zu glauben, daß Deutschland auf die entzerrten Bezirke Oberschlesiens jemals verzichten werde. Die französische Politik habe zwischen Deutschland und Polen einen fürchterlichen Abgrund des Hasses gerissen. In Laese finde es unerhört, daß man das Industriegebiet, das eine der wenigen noch vorhandenen Quellen des Reichtums in Europa sei, nunmehr ruiniere. Man übergebe das großartigste und vollkommenste Arbeitsinstrument, das dem verelendeten Europa geblieben sei, dem traurigsten und unfähigsten Bande der Welt.

Die Wirkung auf Polen.

Warschau, 13. Oktober. (D.V.) In der Warschauer Presse wird die angebliche Nervosität der deutschen öffentlichen Meinung mit Genugtuung festgestellt. Die Rzeczpospolita drückt besonders ihre Freude über das Steigen des polnischen Marktkurses aus. In politischen Kreisen Warschaws herrscht lebhafteste Genugtuung über den erregenden Erfolg, der weiter geht, als man zu glauben wagte. Die Ueberpannung der polnischen Forderung, wie sie sich in der Korzany-Linie ausdrückte, habe allein nach den bisherigen Versionen der Lösungsvorschläge einen Erfolg gehabt, durch den der Mißerfolg des dritten polnischen Aufstandes mehr als ausgeglichen ist. Korzany gilt daher heute als der Held des Tages. Augenblicke der für Polen mehr als günstigen Lösung verfolgt die Presse doch die Taktik, über eine Wegverweigerung zu schreiben. Es ist auch anzunehmen, daß das Kabinett Ponirowski zurücktritt, dies ist um so wahrscheinlicher,

da die Regierung Ponirowski aus Anlaß der Vorkämpfer zur Finanzreform sich bereits eine starke Gegnerchaft im Sejm geschaffen hat und nunmehr eine willkommene Gelegenheit zur Demission finden würde. Durch einen solchen Rücktritt würde die Geste ausgeführt werden, die man in Warschau braucht. Es gilt in Warschauer politischen Kreisen weiterhin nicht als ausgeschlossen, daß nunmehr, nachdem in solchem weitgehenden Maße die polnischen Wünsche zur Erfüllung gelangt sind, die militärischen Kreise noch zu weiteren Plänen ausholen.

Briand im Besitze des Wortlautes.

Paris, 13. Oktober. Wie die Agence Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates heute vormittag durch einen Sonderkurier des Völkerbundes die Empfehlungen hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens im Wortlaut erhalten. Briand hat dies Dokument alsbald den alliierten Regierungen mitteilen lassen, und zwar durch Vermittlung ihrer Vorkämpfer, damit die Maßnahmen zur Ausführung dieser Empfehlung entsprechend den Beschlüssen der letzten Pariser Konferenz getroffen werden können. Nach dem Journal des Débats besteht das Dokument des Völkerbundesrats aus einem Denkschreiben, einem Vorwort, in dem auseinandergesetzt wird, wie die Arbeit des Völkerbundesrats vor sich gegangen ist, aus einer Wiedergabe der Argumente, aus den Beschlüssen, auf die sich der Völkerbundsrat bei der Festlegung der Grenze geeinigt hat, und schließlich aus der Ausführung der Gründe, um deretwillen die Bildung eines Wirtschaftsrates vorgeschlagen wird.

Die Stellung der Regierung.

Ueber die Auffassungen der Regierung über die augenblickliche Lage erfährt die Freiheit folgendes:

Ein endgültiger Beschluss darüber, was geschehen soll, kann erst gefasst werden, wenn die Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten über die obereschlesische Frage bekannt geworden ist. Bis dahin müssen die politischen Geschäfte in der bisherigen Weise weitergeführt werden, und nichts wäre richtiger, als in diesen Tagen die Finte ins Korn zu werfen. Es müsse zunächst in Ruhe abgewartet werden, wie weit die Entscheidung über die obereschlesische Frage die politische Entwicklung in Deutschland beeinflussen kann. Es war in der letzten Zeit deutlich zu erkennen, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes das Verständnis dafür im Wachsen war, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe. Insbesondere die Besprechungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft haben nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland die größte Beachtung gefunden. Es hatten sich zwar kritische Stimmen, besonders aus den sozialistischen Kreisen erhoben, die in dem Angebot der kapitalistischen Kreise kein deutlich sichtbares Opfer des Besten erblickten wollten. Und insbesondere die Sozialdemokratische Partei verlange, wenn schon den breiten Massen des Volkes eine große Befreiung auferlegt werden solle, daß dann auch die übrigen Kreise des Volkes, insbesondere die bestehenden Klassen, nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit Opfer bringen müßten. Diese Auffassung teile auch die Regierung. Wenn kein Ausweg darüber zu finden ist, so würde es um die künftige Entwicklung in Deutschland außerordentlich schlimm bestellt sein. Es werde genau zu prüfen sein, ob die Meinung der Vertreter der Industrie, daß eine Vorkämpfer in Gold genügend Opfergeist offenbare und daß auch der Verlust an Kreditfähigkeit schon ein Opfer bedeute, richtig sei. Auch die Frage werde sorgfältig erwogen werden, ob die Uebernahme einer Anleihe auf die steuerliche Leistung, insbesondere bei der Landwirtschaft, abgelehnt werden könne.

Die verantwortlichen Leiter der Regierung sehen ihre hauptsächlichste Aufgabe darin, für eine möglichst lange Zeit eine ruhige Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen und mit dazu beizutragen, daß in der Welt die machtpolitischen Erwägungen von wirtschaftlichen abgelöst werden. Einige Ansätze in dieser Hinsicht waren schon zu bemerken. Es wäre daher ein Verhängnis, wenn durch die letzte Entwicklung dieses Ziel nicht erreicht werden könne. Zunächst müssen alle Kräfte gesammelt werden, die eine derartige Politik mitmachen wollen, und das sei auch die Frage der künftigen Koalitionsbildung. Nach außen müsse gezeitigt werden, daß in Deutschland die republikanisch-demokratische Entwicklung garantiert sei. Man könne nicht eben verlangen, der die Monarchie für eine bessere Staatsform als die Republik halte, und es komme auch weniger auf die bisherigen Erklärungen einer bestimmten Partei an, sondern auf die Erklärung der künftigen Regierung.

Grundsätzlich falls es, wenn ein Kabinett nach einem augenblicklichen Mißerfolg seiner Politik sofort seine Demission gebe und dadurch eine Krise heraufbeschwäre. Der Verlauf der bisherigen Krisen habe gezeigt, daß sie in keiner Weise genügt hätten. Im Reichstage sei noch jedesmal ein Durcheinander der Parteien entstanden, und in kurzer Zeit habe immer ein Kabinett gebildet werden müssen, das nicht lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden konnte. Das jetzige Kabinett halte es daher für seine Pflicht, solange am Ruder zu bleiben, bis die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien gefallen sei, und dann eine Aussprache im Reichstage herbeizuführen.

Ein Dementi Dr. Mayers.

Berlin, 14. Oktober. (D.V.) Die Pariser Abendblätter veröffentlichten folgende Erklärung des deutschen Vorkämpfers: In einem Morgenblatte wird die Behauptung aufgestellt, der deutsche Vorkämpfer habe den Vertreter der französischen Regierung informiert, daß die deutsche Regierung sich im Falle einer Bestätigung der Gerüchte von der Teilung Oberschlesiens als aller Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten und besonders der Abmachungen mit Frankreich entledigt betrachten werde. Der deutsche Vorkämpfer stellt fest, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspricht.

In Erwartung des Wortlautes.

Die gesamte öffentliche Meinung nicht nur in Deutschland, steht in Erwartung des Wortlautes über das Abkommen von Genf. Er wird keine wesentlichen Änderungen bringen über das, was bisher aus den diplomatischen Quellen heraus zu den Völkern nicht schon durchgesickert wäre. Die Situation ist gespannt, da naturgemäß keine der Regierungen eine definitive Haltung einzunehmen vermag, bevor nicht der Wortlaut selbst der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die deutsche Regierung hat sich erneut mit einer offiziellen Erklärung an die Vertreter der Presse gewandt, die freilich trotz all der Wenn und Aber in bezug auf die Aufbringung der Steuerlasten nichts anderes klar erkennen läßt, als die Tatsache, daß es das Kabinett für seine Pflicht erachte, solange am Ruder zu bleiben, bis die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien gefallen und die Entscheidung im Reichstage herbeigeführt worden sei. Das war freilich schon bekannt. Die gestrige Erklärung hatte keinen Zweifel über diese Haltung gelassen.

Nicht ohne Interesse ist indes die Stellung der französischen sowohl, als auch der englischen Regierung. Daß die französische Regierung an dem Genfer Beschlusse nichts auszusetzen hat, versteht sich von selbst. Briand ist durch den Völkerbund in die Rolle des Siegers gesetzt worden, während Lloyd George eine diplomatische Niederlage in Genf erlitten hat. Die Genfer Entscheidung wäre wahrscheinlich schon bei der letzten Sitzung des Obersten Rates möglich gewesen, wenn Lloyd George nicht sein Veto dagegen eingesetzt hätte.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der deutsche Vorkämpfer Sthamer bei einem Vermittlungsversuch in London gescheitert sei, er sei mit Rückschlüssen abgewiesen worden. Nun aber kommt die Meldung, daß der Beschluss von Genf doch nicht die volle Befriedigung in London finde. Die englischen und französischen Blätter wissen bereits zu melden, daß Lloyd George den Beschluss von Genf nicht ohne jeden Widerspruch hinnehmen werde. Briand hatte vorgeschlagen, daß man, nachdem das Schicksal Oberschlesiens voll und ganz dem Völkerbunde zur Entscheidung zugewiesen wurde, mit der Durchführung derselben die Vorkämpferkonferenz beauftragen solle. Er wollte nicht wieder den großen Apparat des Obersten Rates in Bewegung setzen und glaubte, auf diesem Wege schneller den Erfolg für Polen, seinem geheimen Verbündeten, unter Dach und Fach bringen zu können. Jetzt aber kommen Meldungen von London, die besagen, daß Lloyd George mit einer so geräuschvollen Erledigung der obereschlesischen Frage nicht einverstanden sei, er verlange vielmehr, daß der Oberste Rat selbst zusammenberufen werde, um zu untersuchen, ob nicht die Beschlüsse von Genf im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen. Die Paragrafen des Friedensvertrages sind so reichhaltig, daß ohne Schwierigkeit ein jeder Staatsrechtler Verstöße, die in Genf vorgenommen wurden, feststellen kann, so daß heute nicht abzusehen ist, welches Schicksal dem Beschluss von Genf noch harren wird. Es wäre naturgemäß grundverkehrt, allzu große Hoffnungen auf Einsprüche Lloyd Georges zu setzen. Immerhin müssen die Gegensätze zwischen Lloyd George und Briand in dieser Frage eine aufmerksame Beobachtung finden.

Die unmittelbare Folge des Genfer Beschlusses auf die Börse war eine geradezu katastrophale. Nachdem vor wenigen Tagen noch der Dollar auf 122 stand und damit einige Stabilität erreichte, ist er vorgestern bereits erneut auf 133 gestiegen, d. h. er hatte damit seinen bisher höchsten Stand erneut überschritten. Gestern nurmehr hat der Dollar einen erneuten fabelhaften Aufschwung genommen. Er wurde mit nicht weniger als 144 notiert. Diese Wirkung gleicht der Wirkung des Verlustes der wichtigen Kohlengebiete in Oberschlesien und noch ist der Wortlaut von Genf im einzelnen unbekannt. Wie sich nach dem endgültigen Bekanntwerden der Beschlüsse die Gestaltung der Kurse stellen wird, vermag heute niemand zu sagen. Soviel aber steht fest, daß der Verlust des zweitwichtigsten Wirtschaftsgebietes in Deutschland auf die Gestaltung unserer Valuta von ausschlaggebender Wirkung sein muß. Auch darin zeigt sich wieder die eigenartige Dialektik, die die Sieger mit ihrem Bestreben verfolgen, aus Deutschland das Letzte herauszuziehen, ihm die Möglichkeit, leben zu können, völlig zu unterbinden. Nimmt man Deutschland das obereschlesische Wirtschaftsgebiet, dann sinkt der Wert unserer Valuta so ungeheuer, daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen in Frage gestellt wird. Andererseits aber bessern sich durch das Sinken der Valuta die deutschen Abnahmlichkeiten weiter und bringen somit das Wirtschaftsleben der andern kapitalistischen Staaten in noch größerer Gefahr. So wird die Dialektik der Siegerbedingungen zu einer Tragik im Wirtschaftsaufbau ihrer Länder und die Wirkung dieser Gegensätze wird von selbst zu einer Aufhebung derselben führen müssen.

Damit ist unsere Stellung zu all diesen Fragen erneut gegeben. Nicht dadurch, daß wir die nationalen Gegensätze künstlich zu verschärfen versuchen, können wir die Wirkung dieser dialektischen Ent-